

Wirtschaftlicher Anzeiger

für Deutschem

und Umgegend



Abonnementpreis: Die wöchentlich erscheinende 60 Blg. Beilage Nr. 1.— 20.
Eingangsnummer in der Stadt des Briefkastens, Poststraße 10, des Postamtes Nr. 6 9 H. V. Ordere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.
Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr für den folgenden Tag.

Wirtschaftlicher Anzeiger: Preis pro Jahr 5,50 RM.
Die angegebene Beilage Nr. 1.— 20. ist durch den Postboten
Preis pro Quartal 1,50 RM.
Wirtschaftliche und monatliche Beiträge werden außer in der Geschäftsstelle, Poststraße 10, auch von unseren Boten und allen Postämtern angenommen.

Amthliches Verkündigungsblatt nur die Stadt Deutschem.

Nr 78

Dienstag, den 5. Juli 1921.

60. Jahrgang

Im Paris.

Das Schicksal des italienischen Ministers des Auswärtigen, Grafen Sforza, dem die Volksgemeinschaft in Rom wegen seiner offenkundigen Unbedenkenheit gegen Frankreich ein sehr bestimmtes Misstrauensvotum ausgesprochen hat, zeigt den Franzosen, daß andere Mächte keine Lust haben, sich durch schöne Worte aus Paris verleiten zu lassen, ihre eigenen Interessen zu vernachlässigen. Auch für Deutschland kann dies nicht gelten und hat dies nicht geübt, denn wenn der Reichstag für die Erfüllung des Ultimatums eintrat, so geschah das selbstverständlich nur, weil wir das dieselbe vorkauflich angenommen haben. Die deutschen Angelegenheiten hat er wiederholt dadurch vertreten, daß er die ungeteilte Überlieferung von Oberitalien an das deutsche Reich und die Verhinderung der Sanktionen am Rhein forderte. Allerdings hat er bisher noch nichts erreicht, und darin liegt eine Mahnung, die Grenzen zu beachten, innerhalb deren unsere Haltung sich gegenüber Frankreich bewegen muß.

Wir müssen die Ziele der französischen Politik sehr genau und klar machen und dürfen uns nicht von Worten blenden lassen. Der Ministerpräsident Briand in Paris hat trotz des Drängens von englischer Seite die Aufhebung der „Sanktionen“ am Rhein, die Aufhebung der Zollgrenze und der Befreiung von Zölleisenbahnen, Zinssteuer und Wechsel, insbesondere die Einführung der drei rechtsrheinischen Städte, nicht als etwas so Wichtiges hingestellt, daß darum viele Bemerkungen gemacht werden müßten, und sie haben die Meinung vertreten, daß sich Deutschland diese „Sanktionen“ ruhig weiter gefallen lassen könne. Das bedeutet aber eine Entstellung der Tatsachen, wir können diese Befreiung nicht ruhig hinnehmen. Wir können die drei rechtsrheinischen Städte für fernere Jahre eine Handelsfreiheit, sondern sie bedeutet für Frankreich den tatsächlichen Schlüssel zum Ruhrgebiet, dem wichtigsten deutschen Industriegebiet und dem letzten, größten Kohlengebiet, das wir gegenwärtig haben. Nicht sind die Franzosen nicht im Ruhrgebiet selbst, das ist richtig, aber mit dem Duisburger Hafen haben sie es in der Hand und können es benutzen, wenn sie es in der Hand hat uns noch viel zu wenig einsehen, und es wird viel zu wenig ernsthaft gegen die Verhinderung der „Sanktionen“ ausgetreten.

Daß man die „Sanktionen“ nicht beseitigen will, beweist uns nur um so eindringlicher, daß Frankreich als sein wirtschaftspolitisches Ziel den Aufstieg zum ersten kontinentalen Industriestaat in Europa ansieht, und dazu das Bestimmungsrecht über die Beschlüsse und über das Ruhrgebiet haben will. Unter welchem Namen dies erreicht wird ist ihm gleichgültig. Die Worte auf dieses Gemebel ist ja in Oberitalien nahe, im Laufe dieses Monats soll die Entscheidung darüber fallen, wieviel oder wie wenig das Recht Deutschlands, das sich aus dem Abstinenzverbot ergibt, gestrichelt wird. In Paris ist man überzeugt, daß mit alles stillschweigend hinnehmen, jedoch keine Gegenmaßnahmen ergreifen werden. Das hat nicht sein.

Die Stunde naht, in der wir nicht noch mehr an uns heranlassen können. Es geht nicht um ein gnädiges Wachen von Paris, sondern um unsere höchsten Lebensinteressen. Wm.

Aufhebung der Sanktionen?

Wesentlichere französische Positionen.

Während der „Temps“ noch in seinem Vektortitel gegen die Aufhebung der Sanktionen schreibt, bringen verschiedene andere Pariser Blätter, so das „Journal“, überaus gehobene Ausführungen, die zu dem Resultat führen, daß die Sanktionen nicht länger aufrecht erhalten werden dürfen. Der „Temps“, der die Ausführungen Dr. Hofens im Reichstag scharf kritisiert und nicht für geeignet hält, die Sanktionsfrage zu beschleunigen, erklärt, daß Hofens die Angelegenheiten Briands nicht genau wiedergegeben habe. Briand habe daran erinnert, daß eine Aufhebung der Sanktionen erst in Frage kommen könne, wenn die Abstraktion eines Abnahmewillig durchgeführt seien, wenn die Kriegsbefehlsabgaben Prozesse in Leipzig zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hätten und wenn die Stabilität des Kabinetts Wirth, dessen guten Willen Frankreich anerkenne, weniger schwanke als Ingeheiß bedeuten.

Demgegenüber schreibt das „Journal“, daß man keine Rücksichten nehmen könne, daß die anderen Verbündeten dem Standpunkt Frankreichs in dieser Frage nicht beitreten. Italien habe schon bei der Einrichtung der Sanktionen Widerspruch erhoben, England dem Standpunkt für die Aufhebung der Strafmaßnahmen sei bekannt, und auch Belgien wünsche eine baldige Beseitigung, da sich durch die Sanktionen der Handel von Antwerpen nach Hamburg verlegt habe und dadurch Belgien wirtschaftlich bedeutend geschädigt werde.

Zur Verhinderung der orientalischen Meinung Frankreichs müsse die Garantiekommision von Deutschland als Schwere die gesamten politischen Maßnahmen fordern. Dann würden die Sanktionen keine Berechtigung mehr haben. Auch würden die Deutschen den französischen Wünschen über eine Verlängerung der Zahlungsfrist entgegenkommen, wenn die Sanktionen beseitigt würden. Ferner habe General Nollet erklärt, daß die Verhinderung durchzuführen sei. Man müsse sich fragen, ob man sich dieser Aufgaben die Sanktionen noch zu Recht befähigen.

In ähnlichem Sinne schreibt auch „Leit Parisien“, das Ernannt Briands. Es führt die Kritik an, die von Deutschland eingeleitet seien und betont, daß man die Leipziger Kreisgespräche nicht abwarten könne. Auch diese man das Rheinland nicht wirtschaftlich vom Felde trennen, wenn man von Deutschland die höchsten Forderungen verlange. Jedoch müßten auch die Forderungen, dem linken Minister in Zukunft kontrolliert werden. Frankreichs Interesse und Ehrenhaftigkeit verlange die Beseitigung dieses nicht mehr zu rechtfertigenden Hindernisses. Worte, nichts als Worte! — Taten wollen wir sehen.

Das Urteil der Garantiekommision.

Während einer Aussprache mit der Rheinlandskommission, der die Interalliierte Garantiekommision auf ihrer Rückreise nach Paris in Koblenz betrat, wurde auch die Frage der Sanktionen besprochen. Mit Ausnahme des französischen Vertreters des Ausschusses, in dem England, Japan, Italien, Belgien und Frankreich durch Vizekonsuln vertreten sind, stellte sich der Ausschuss auf dem Standpunkt, daß die Aufhebung der Sanktionen eine unabwehrbare Notwendigkeit sei, wenn Deutschland zahlungsfähig bleiben sollte. Die Oberkommission der Rheinlandskommission unterstützte diese Anschauungen des Leberungsverwaltungsausschusses; nur der französische Kommissar stellte sich auf dem Standpunkt, daß die Sanktionen aufrechterhalten bleiben müßten, weil sonst das Kabinett Briand falle.

Amnestie für die Völen.

Zur „Milderung der Gesetze“.

Die Interalliierte Kommission in Opaten hat in ganz Oberdeutschland durch Anschlag einen Erlaß bekannt gegeben, durch den nach der Klärung des Abstimmungsgebietes durch die Völen und die Deutschen eine Amnestie für alle ungesetzlichen Handlungen gewährt wird. Ausgeschlachtigt wird, aus Nachdruck oder Grausamkeit begangen sind. Auch werden alle Personen davon ausgeschlossen, die nach einem noch bekannt zu gebenden Zeitpunkt im Besitze von Schusswaffen und Explosivstoffen angetroffen werden. Gleichzeitig wird die Bevölkerung aufgefordert, in Ruhe die Entscheidung des Obersten Rates abzuwarten.

Die Bekanntmachung hat in der deutschen Bevölkerung natürlich große Erregung hervorgerufen, da diese sich jetzt völlig schuldig gegen die polnischen Uebergriffe fühlt. Die Sorge wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß viele Kongresspolen, besonders Kalerfeldern in voller militärischer Ausrüstung, in den geräumten Gebieten zurückzuziehen, angeblich, weil sie sich bei den Bayern als Knechte verdingt haben. Die Erregung ist um so verständlicher, als man nach den Ausführungen Lloyd Georges im Unterhaus erwartet hatte, daß die Alliierten des Auftrages zur Verantwortung gezogen werden würden.

Die Ortswahlen.

In dem offiziellen Organ der Interalliierten Kommission wurde am 25. Juni auch die Verordnung über die Gründung von Ortswahlen bekannt gegeben. Die Ausführung hat bereits begonnen. In dem von den Anzuzugenden unbefestigten Gebiet wird angeregt, die Parteien zu wählen, welche sich auch in dem Wahlbezirk die Deutschen zur Teilnahme an der Entscheidung der Ortswahlen aufgefordert sein. Wer glaubt?

Friede mit Amerika.

Endgültige Annahme im Senat.

Nachdem am Donnerstag das Repräsentantenhaus in Washington die neue vorläufige Friedensresolution angenommen hatte, beschloß am Freitag auch der amerikanische Senat den Wiedererwerb des Friedenszustandes mit Deutschland und Österreich mit 38 gegen 19 Stimmen. Senator Brandegee erklärte in der Debatte, daß die Abberufung der amerikanischen Heintruppen beschleunigt werden muß, um die Unterzeichnung und Ratifizierung der Friedens-

resolution durch den Präsidenten Harding noch Sonntagabend oder Montag, den 4. Juli. Die angenommene Vermittlungsresolution Porters-Knox, die am Freitag den Kriegszustand mit Deutschland beendet, ist noch am Freitag dem Präsidenten Harding zugegangen.

Annahme der Handelsbeziehungen.
Präsident Harding will sofort nach Annahme der Friedensresolution die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland beginnen. Darnach soll die Erhebung der deutschen Zölle durch die neue Zoll-Bill genehmigt werden können, da der Präsident weitreichende Befugnisse besitzt.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Leitfaden des Reichswirtschaftsrats.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit einigen Vorschlägen über Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Hierzu lag ein Antrag der sozialistischen Reichstagsfraktionen vor, allgemein, also auch für private Betriebe, die Arbeitszeit der noch voll Beschäftigten zu kürzen, um den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, und den bei der verkürzten Arbeitszeit entfallenden Lohnausfall allen Kurzarbeitern zu zwei Dritteln von den Arbeitgebern erlassen zu lassen, wovon das Reich und die Länder die Hälfte auf die Mittel der produktiven Gewerbetreibenden übernehmen soll. Ein hierzu von Arbeitnehmern gefällter Antrag, die Kurzarbeit als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit überall da einzuführen, wo nicht unüberwindliche technische Schwierigkeiten sie verhindern, wurde mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Statt dessen wurden eine Anzahl Leitfäden ungefähr folgenden Inhalts aufgestellt:

Unabhängig von der Sorge, wie dem sozialen Standorte der Arbeitslosigkeit abzuwehren ist, und wie die aus diesem sich ergebenden sozialen Schäden bekämpft werden können, darf die Maßnahme auf die großen wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft keinesfalls außer Acht gelassen werden. Der vorgeschlagene Weg der allgemeinen Einführung und Erweiterung der Kurzarbeit erscheint nicht gangbar. Das eigene Interesse der gewerblichen Kreise hat bereits vielfach zu einer weitgehenden Ablehnung der Forderung der Unterbrechung einer möglichst großen Zahl von Arbeitskräften geführt. Eine weitere, auf gewerblichem Wege erzielbare allgemeine Einführung der Kurzarbeit über die praktisch möglichen Grenzen hinaus, müßte Rückschlüsse zur Folge haben, die die Befähigung nur noch in schwacher wirtschaftlicher Verhältnisse bringen können.

Wichtig ist eine Regelung von 30 bis 35 auf der Grundlage einer kritischen und kritischen gegenseitigen Verständigung, durch die den besonderen Verhältnissen des betreffenden Bezirks Rechnung getragen werden kann. Das Wesen einer solchen Verständigung müßte darin liegen, daß die Betriebe nicht gezwungen werden, mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen, als wirtschaftlich richtig und technisch möglich ist, sondern darin, daß außerhalb der Betriebe neue Arbeit geschaffen wird, die im Gegensatz zu dem durch die vorliegenden Anträge beschafften System auf die Produktion nicht verteuert und hemmt, sondern fördernd wirkt.

Diese Leitfäden wurden mit 14 gegen 7 Stimmen angenommen.

Deutsches Reich.

4. Juli 1921.

Wiederaufbau-Verhandlungen. Über die weiteren Verhandlungen wegen der deutschen Sachlieferungen berichtet der „Temps“, daß die bisherigen Verhandlungen von beiden Seiten als berriedigend betrachtet würden. Die Preise würden durch eine gemischte Kommission festgelegt werden, die sich zusammensetzen soll aus einem Franzosen, einem Deutschen und einem Schlichter, der im Bedarfsfalle von der Reparationskommission ernannt werden soll. In Bezug auf die Zahlungsfristen und die Zahlungsart sei ein ins Auge gefaßt worden, durch den Frankreich die Möglichkeit erlange, die Zahlungen auf eine möglichst lange Periode zu staffeln. — Die Frage der Erhebung der 26 Proz. vom Wert der deutschen Ausfuhr durch einen anderen Index ist noch nicht geklärt worden.

Eine neue Note? Nach einer Meldung der „Information“ soll in Berlin eine Note der Entente überreicht worden sein, in der die Befreiung eines französischen Kontrollkommissars beim Reichsfinanzministerium sowohl wie dem Statistischen Amt verlangt wird.

Die Verträge der Reichswehr. Wie wenig zutreffend die Behauptung ist, daß für die Reichswehr ganz unübermäßig große Mittel aufbewahrt werden,

Berliner-Gastspiel-Theater

Norddeutscher Hof.

Dienstag, den 5. Juli abends 8 Uhr
Mit pompösen Ritter-Ausstattungen und prachtvollen altdeutschen Kostümen.

Das allbekannte Werk

Der Trompeter von Säckingen

Mitter-Schauspiel mit Gesang.

Regie: Herr Hans Pinert.

Die Kostüme stammen aus dem Theateratelier von Hugo Paruch, Berlin.

- Gesänge: 1. Am Omp beim festlichen Gelage.
2. Erv und fro und trallalla.
3. Will Dir vieles auch nicht passen.
4. Heil Euch ihr lieben Leute.
5. Zuchtrafassa und trallalla.
6. Wie schön ist es auf grüner Fähr.
7. Es war einmal ein großer Wald
8. **Behüt Dich Gott, es wär so schön gewesen.** (Trompeten-Solo.) usw.

Vorverkauf im Norddeutschen Hof
Es ladet freundlichst ein
Die Direktion.

Deutschnationale Volkspartei

Freisverein Weisenfels Stadt und Land.

Unter diesjähriger

Kreisparteitag

findet **Dienstag, den 7. Juli** in „Schumanns Garten“ in Weisenfels statt, und wir laden hierdurch alle Freunde unserer Sache herzlich dazu ein.

Als Redner sind u. a. gewonnen:

Richtungsabgeordneter Dr. Dörfchen Kiel und Hemmer-Esterwerda.

Beginn der Gesamtvorstandssitzung um 1 Uhr, des Kreisparteitages um 2 1/2 Uhr. In Anschlag an die Vorträge: „Guten Morgen“ und Ansprache des Herrn M. Schärer-Weisenfels.

Mitgliedskarten dienen als Ausweis!

Himbeer-Saft

eigenes Fabrikat

empfehlen

Bruno Billhardt.

Empfehle Dienstag zum Wochenmarkt.
frische Heidelbeeren,

frischen Schellfisch a Pfd 250 Mk.

gar. reines Schweineschmalz

prima geräucherten Speck

feinste Tafelmargarine

in Würfeln a Pfd. 8 Mk.

Prima neue **Vollheringe** a Stück 1 Mk.

Becker.

Preussische Klassen-Lotterie.

Ziehung 1. Kl., 244. Lotterie, 12. und 13. Juli

Hauptgewinne jezt

2 zu 125.000, 2 zu 50.000 Mk.

Loose jezt 1/8 10 Mk., 1/4 20 Mk., 1/2 40 Mk., 1/1 80 Mk.

empfehlen

Winkler, Rastatterwirt, Teuchern,

aus Staats-Lotterie-Einnahme Wettig in Weisenfels.

Drucksachen jeder Art für Geschäfts- und Privatbedarf sowie Broschüren, Formulare, Zeitschriften, Kontobücher usw. liefert billigst in geschmackvoller Ausführung

Buchdruckerei

Otto Lieferenz

Teuchern

Zeitzerstr. 10.

Städtischer Kirchengenossenschaft.

Im Konsum-Verein hier, heute Dienstag und folgende Tage. Brotmarkteisen mitbringen.

Bereinigung selbstständiger Handwerker u. Gewerbetreibender

Die für Mittwoch angelegte **Versammlung** findet **wo. nicht statt.**
Der Vorstand.

Feinste Matjes-Seringe, Feinste neue Kartoffeln

empfehlen

Ferd. Gresse.

*Wer wenig Kohlen will verstochen
Muss mit Persil die Wäsche kochen!*



Kohlensparend, da nur einmaliges viertelstündiges Kochen. Billiges Wesschen, da kein weiterer Zusatz von Seife, Seifenpulver usw. erforderlich.

PERSIL

ist das beste selbsttätige Waschmittel!

Überall erhältlich nur in Original-Packung, niemals lose.

Ableitende Hersteller: Henkel & Cie., Düsseldorf.

Spar-Einlagen

nimmt bei anbedingter Sicherheit und gänztlicher Verzinsung entgegen

Sparkasse des Landkreises Weisenfels.

Unter-Einnahme Teuchern, Mäher.

Geschäftszeit 8-12 Uhr vorm

2-5 „ nachm.

Mittwoch und Sonnabend geschlossen.

Arbeitsnachweis Teuchern.

Amliche Meldestelle für alle offene Stellen.

Geschäftszeit: 8 1/2 bis 11 Uhr

Gesucht werden:

20 Mäde nach

auswärts, 1 Aufwartung,

1 Knecht 15 bis 17 Jahre, 1

Kleinknecht, 1 kräft. ger. zuver-

lässiger Mann für Gestein-

weicher, 5 Ziegelarbeiter, 10

Maurer, 5 Handlanger.

Stellen suchen:

1 Bäcker, 16jähriger Knecht

um 1. Juli 1 Knecht von

20 Jahren und 1 von 14

Jahren nach auswärts, 2

Schlosser.

Obsthanf

von 12 Birnbäumen

hinter den Gärten verf.

Richard Gäbler.

Mittwoch, d. 6. Juli

abends 7 1/2 Uhr

Monatsversammlung

Der nächsten Tagesordnung

habend, ist das Erscheinen aller

Mitglieder erforderlich.

Der Vorstand.

Freiwillige

Feuerwehr

Mittwoch, d. 6. Juli

abds. 8 Uhr ll. hnd.

Das Kommando.

Jünglingsfürsorge

Mittwoch, den 6. Juli nachm

3 Uhr **Seeratsungskunde**

im alten Schulhause. Verteilung

von Nähemitteln u. Still-

prämierten.

Ich bin Dienstag von

8-11 u. 3-6 und Don-

nerstag und Freitag von

8-12 in Teuchern im

Ratskeller zu sprechen.

Mewes,

Rechtsanwalt u. Notar

Weissenfels a. S.

Saalstr. 12.

Gegenüber der Post.

Robert Gäbler, Teuchern

offertiert

Fahrräder

Brennabor u. Naumann, sowie Pfaff- u. Naumann

Nähmaschinen

Ersatzteillager für alle Systeme.

Eigene mod. fachmännische Reparaturwerkstatt.

Langjährige Garantie. — Teilzahlungen gestattet.



2 weite **Turner-** und 1

neue **Radfahrhose**

ist zu verkaufen. Zu eifigen

in der Exped. d. Bl.

3 tüchtige **Enten**

siehen zu verkaufen.

Unterm Berge 26.

Kleine

Schweine

sind zu verkaufen.

Preislich 14.

Ein großes

Läuferöwein

zu verkaufen Schöngentr. 25

Passend für Brautleute!

Eine kompl. Küchen-

einrichtung, fast neu,

9-ftig, und verschied. nes **Kü-**

chenzeug und ein **Da-**

mengummi-Regen-

mantel zu verkaufen

Bergstr. 2.

Ein **Ziegenlamm** und 2 **Böckchen**

sind zu verkaufn. Zu eif.

in der Exped. d. Bl.

Ein 1/2 Jahre alter Knabe

in liebevolle

Pflege

zu geben. 3 erfroren

Schützenstr. 19.

Todesanzeige.

Montag vormittag acht

Uhr entschlief nach lan-

gen Leiden mein lieber

Mann, unser treusorgen-

der Vater Schwager u.

Onkel, der Invalid

Robert Arnold.

Im tiefsten Schmerz

die trauernden Hinter-

bliebenen.

Beerdigung Donnerstag

nachm. 4 Uhr.

Verein für Obst- und Gartenbau.

Freitag, den 8. Juli abends

8 Uhr

1. Ausfstellung.

2. Bericht über Halle und

Hof mhdlen.

3. Berichtwesens.

Gäste sind dazu freundlichst

eingeladen.

Der Vorstand.

Ein **Dienstmädchen** sucht um 15. Juli

zu **Olga Jannacke.**

Suche ein tüchtiges, sauberes

Mädchen

nicht unter 16 Jahren.

Frau M. Jacob.

Dank.

Allen denen, die uns anlässlich des Hin-

scheidens unseres lieben, treusorgenden, unver-

gesslichen Entschlafenen mit Wort, Kranz-

spenden und letztem Geleit ihre grosse Teil-

nahme bekundeten, sagen wir tiefergrienen an

dieser Stelle unsern wärmsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Frau **Otilie verw. Spindler.**

Schortau, 2. Juli 1921.

Wer ihn gekannt, wird unsern Schmerz

ermessen!

Wöchentliches Anzeiger

für Tenschern

und Umgegend



Verlagspreis: Die halbjährliche Kopiersatz 60 Bfg. Postanweisung 1.-Mk.

Verlagsnummer in der 1921er Nummer dieses Blattes, Zeitungsnr. 10, bis 1922er Nummer: 89 Ufr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Sonntag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Verlagsdruckerei: Druck- und Verlagsanstalt 5, 58 Ufr. von unseren Büchern und Karten separat 6,00 Mk. und durch den Verleger: Verlagsnummer 20 Bfg.

Verlagsdruckerei und monatliche Beiträge werden auch in der Geschäftsstelle, Zeitungsnr. 10, auch von unseren Büchern und allen Postanweisungen angenommen.

Amüßliches Verkündigungsblatt nur die Stadt Tenschern.

Nr 78 |

Dienstag, den 5 Juli 1921

60. Jahrgang

Um Paris.

Das Schicksal des italienischen Ministers des Auswärtigen, Grafen Sforza, dem die Volksoberleitung in Rom wegen seiner offensichtlichen Weiblichkeit gegen Frankreich ein sehr bestimmtes Misstrauensvotum ausgesprochen hat, reizt den Franzosen, das andere Geschlecht keine Lust haben, sich durch schöne Worte aus Paris verleiten zu lassen, ihre eigenen Interessen zu vernachlässigen. Auch für Deutschland kann dies nicht gelten und hat dies nicht gegolten, denn wenn der Reichsminister für die Erfüllung des Ultimatums eintrat, so geschah das selbstverständlich nur, weil wir dasselbe durchschicklos angenommen haben. Die deutschen Angelegenheiten hat er wiederholt dadurch verteidigt, daß er die ungeteilte Überlieferung von Oberfeldern an das deutsche Reich und die Verhinderung der Sanktionen am Rhein forderte. Allerdings hat er bisher noch nichts erzielt, und darin liegt eine Mahnung, die Grenzen zu beachten, innerhalb deren unsere Forderung sich gegenüber Frankreich bewegen muß.

Wir müssen die Ziele der französischen Politik sehr genau und klar machen und dürfen uns nicht von Worten blenden lassen. Der Ministerpräsident Briand in Paris hat trotz des Drängens von englischer Seite die Aufhebung der „Sanktionen“ am Rhein, die Aufhebung der Zollgrenze und der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Aachen, abgelehnt. Die Pariser Zeitungen haben diese Maßnahmen, besonders die Okkupation der drei rechtsrheinischen Städte, nicht als etwas so Wichtiges hingestellt, daß darum viele Bemerkungen gemacht worden müßten, und sie haben die Meinung vertreten, daß sich Deutschland, diese „Sanktionen“ ruhig weiter gefallen lassen könne. Das bedeutet aber eine Entwertung der Tatsachen, wir können diese Forderung nicht ruhig hinnehmen. Die Besetzung der drei rechtsrheinischen Städte ist fernweg von dem tatsächlichen Schicksal zum Ausdruck, dem wichtigsten deutschen Industriegebiet und dem letzten, größten Kohlenbecken, den wir gegenwärtig haben. Doch sind die Franzosen nicht im mindesten bereit, das zu ändern.

bigt werde. Zur Verhütung der orientlichen Meinung Frankreichs müßte die Garantiekommision von Deutschland als Sicherheit die gefassten Beschlüsse annehmen. Dann würden die Sanktionen keine Berechtigung mehr haben. Auch würden die Deutschen den französischen Wünschen über eine Verleugnung der Zahlungsfrist entgegenkommen, wenn die Sanktionen beseitigt wären. Er habe General Nollet erklärt, daß die Abklärung durchgezogen sei. Man müsse sich freuen, so anständig dieser Tatsachen die Sanktionen noch zu Recht zu haben.

In ähnlichem Sinne schreibt auch „Leit Parisien“, das Organ Briands. Es führt die Forderungen, die von Deutschland eingehalten seien und betont, daß man die zeitliche Urteilssprüche nicht abwarten könne. Auch diese man das Rheinland nicht wirtschaftlich vom Reich trennen, wenn man von Deutschland die höchsten Anstrengungen verlange. Jedoch müßten auch die Sanktionen auf den linken Rhein im Zukunft kontrolliert werden. Frankreichs Interesse und Ehrenhaftigkeit verlange die Beseitigung dieses nicht mehr zu rechtfertigenden Hindernisses. Worte, nichts als Worte! - Taten wollen wir sehen.

Das Urteil der Garantiekommision.

Während einer Aussprache mit der Rheinlandkommision, der die Interalliierte Garantiekommision auf ihrer Sitzung nach Paris in Aachen wohnte, wurde auch die Frage der Sanktionen besprochen. Die Beschlüsse des französischen Ausschusses, in dem England, Japan, Italien, Belgien und Frankreich durch Wirtschaftsexperten vertreten sind, stellte sich der Ansicht auf den Standpunkt, daß die Aufhebung der Sanktionen eine unabwendbare Notwendigkeit sei, wenn Deutschland zahlungsfähig werden sollte. Die Übernahmefähigkeit der Rheinlandkommision unterstützen diese Anschauungen des Überwachungs Ausschusses; nur der französische Kommissar stellte sich auf den Standpunkt, daß die Sanktionen aufrechterhalten bleiben müßten, weil sonst das Kabinett Briand falle.

Amnestie für die Polen.

Zur „Milderung der Gegenstände“.

Die Interalliierte Kommission in Spaen hat in ganz Übersichtlich durch Vorschlag einen Erlass bekannt gegeben, durch den nach der Klärung des Abkommensgebietes durch die Polen und die Deutschen eine Amnestie für alle ungeschehenen Handlungen im Gebiet wird. Ausgenommen sind nur solche Handlungen, die aus geistlicher Abicht, aus Mordlust oder Grausamkeit begangen sind. Auch werden alle Personen davon ausgeschlossen, die nach einem noch bekannt zu gebenden Zeitpunkt im Besitze von Schusswaffen und Explosivstoffen angetroffen werden. Gleichzeitig wird die Bevölkerung aufgefordert, in Ruhe die Entscheidung des Obersten Rates abzuwarten.

Die Bekanntmachung hat in der deutschen Bevölkerung natürlich große Erregung hervorgerufen, da diese sich jetzt völlig schuldig gegen die polnischen Uebergriffe fühlt. Die Sorge wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß viele Kongresspolen, besonders Klerikalen, die Partei zwischen den Deutschen und den Polen zu wahren. Angeblich sollen auch in dem Bundesgebiet die Deutschen zur Teilnahme an der Aufstellung der Driswegern aufgefordert sein. Wer glaubt?

Friede mit Amerika.

Endgültige Annahme im Senat.

Nachdem am Donnerstag das Repräsentantenhaus in Washington die neue vereinigte Friedensresolution Knox-Porter mit 285 gegen 59 Stimmen angenommen hatte, beschloß am Freitag auch der amerikanische Senat den Wiederertritt des Friedenszustandes mit Deutschland und Österreich mit 38 gegen 19 Stimmen. Senator Branding erklärte in der Debatte, daß die Abkehr von der amerikanischen Politik abzuwachen bevorstehe. Man erwartet die Unterscheidung und Ratifizierung der Friedens-

resolution durch den Präsidenten Harding noch Sonntagabend oder Montag, den 4. Juli.

Die angenommene Vermittlungsresolution Fort-Knox, die am Freitag den Freitagtag dem Deutschland beendet, ist noch am Freitag dem Präsidenten Harding zugegangen.

Aufnahme der Handelsbeziehungen.

Präsident Harding will sofort nach Annahme der Friedensresolution die Handelsbeziehungen wieder aufnehmen. Danach soll die Schädigung der deutschen Industrie durch die neue Zoll- und Zölle geändert werden können, da der Präsident weitestgehende Befugnisse besitzt.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Leitende des Reichswirtschaftsrats. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit einigen Anträgen über Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Hierzu lag ein Antrag der sozialistischen Fraktionen vor, allgemein, also auch für private Verträge, die Arbeitszeit der noch voll Beschäftigten zu kürzen, um der Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, und den bei der verkürzten Arbeitszeit entstehenden Lohnausfall allen Kurzarbeitern zu zwei Dritteln von den Arbeitgebern erlegen zu lassen, wovon das Reich und die Länder die Hälfte auf die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge übernehmen soll. Ein hierzu von Arbeitnehmerseite gestellter Antrag, die Kurzarbeit als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit überall da einzuführen, wo nicht unüberwindliche technische Schwierigkeiten sie verhindern, wurde mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Statt dessen wurden eine Anzahl Leisefälle ungefähr folgenden Inhalts aufgestellt:

Unabhängig von der Sorge, wie dem sozialen Stande der Arbeitslosigkeit abgeholfen ist, und wie bekämpft werden können, darf die Wirtschaft auf die großen wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft keinesfalls außer Acht gelassen werden. Der vorgezeichnete Weg der allgemeinen Einführung und Erweiterung der Kurzarbeit erscheint nicht gangbar. Das eigene Interesse der gewerblichen Kreise hat bereits vielfach zu einer weitgehenden Aufhebung der Arbeitslosigkeit an die Förderung der Aufhebung der Arbeitslosigkeit geführt. Eine weitere, auf geistlichem Wege erzwungene allgemeine Einführung der Kurzarbeit über die praktisch möglichen Grenzen hinaus, müßte Rückschlüsse zur Folge haben, die Gesamtheit nur noch in schwerere wirtschaftliche Verhältnisse bringen können.

Wichtig ist eine Klärung von Fall zu Fall auf der Grundlage einer kritischen oder bezüglichen gegenseitigen Verständigung, durch die den besonderen Verhältnissen des betreffenden Bezirks Rechnung getragen werden kann. Das Wesen einer solchen Verständigung müßte darin liegen, daß die Betriebe nicht gezwungen werden, mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen, als wirtschaftlich richtig und technisch möglich ist, sondern darin, daß außerhalb der Betriebe neue Arbeit geschaffen wird, die im Gegensatz zu dem durch die vorliegenden Anträge beschleunigten System auf die Produktion nicht verzerrend und hemmend, sondern fördernd wirkt.

Diese Leisefälle wurden mit 14 gegen 7 Stimmen angenommen.

Deutsches Reich.

4. Juli 1921.

Wiederaufbau-Verhandlungen. Ueber die weiteren Verhandlungen wegen der deutschen Sachleistungen berichtet der „Zeits“, daß die bisherigen Resultate von beiden Seiten als befriedigend betrachtet würden. Die Preise wurden durch eine gemischte Kommission festgelegt werden, die sich zusammensetzen soll aus einem Franzosen, einem Deutschen und einem Schiedsrichter, der im Bedarfsfälle von der Reparationskommission ernannt werden soll. In Bezug auf die Zahlungsstrafen und die Zahlungsart ist ein Plan ins Auge gefaßt worden, durch den Frankreich die Möglichkeit erlange, die Zahlungen auf eine möglichst lange Periode zu stellen. — Die Frage der Erziehung der 26 Proz. vom Wert der deutschen Ausfuhr durch einen anderen Index ist noch nicht geklärt worden.

Eine neue Note? Nach einer Meldung der „Information“ soll in Berlin eine Note der Entente überreicht worden sein, in der die Befestigung eines französischen Konzepts beim Reichswirtschaftsrat sowohl wie beim Statistischen Amt verlangt wird.

Die Besätze der Reichswehr. Wie wenig zureichend die Behauptung ist, daß für die Reichswehr ganz unbedeutend große Mittel aufgewendet wurden,



Daran erinnert, daß eine Aufhebung der Sanktionen erst in Frage kommen könne, wenn die Abrüstungsmaßnahmen völlig durchgeführt seien, wenn die Kriegsbeschuldigtenprozesse in Leipzig zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hätten und wenn die Stabilität des Kabinetts Briand, dessen guten Willen Frankreich anerkenne, weiterhin vorhanden sei. Das müßte also Verlängerung der Sanktionen ins Ungeheure bedeuten. Demgegenüber schreibt das „Journal“, daß man leider nicht leugnen könne, daß die anderen Verbündeten dem Standpunkt Frankreichs in dieser Frage nicht beizutreten. Italien habe schon bei der Einleitung der Sanktionen Widerspruch erhoben. Englands Standpunkt für die Aufhebung der Strafmaßnahmen sei bekannt, und auch Belgien müsse eine baldige Beseitigung, da sich durch die Sanktionen der Handel von Antwerpen nach Hamburg verlegt habe und dadurch Belgien wirtschaftlich bedeutend geschädigt werde.